

Brexit | 16.11.2020 | Lesezeit 2 Min.

EU und Großbritannien streiten um die Fischerei

Noch bis Ende des Jahres haben die EU und das Vereinigte Königreich Zeit, sich auf ein Handelsabkommen zu einigen, das die künftigen Wirtschaftsbeziehungen regelt. Doch es gibt drei Knackpunkte: die Streitschlichtung, den Wettbewerb und die Fischerei. Dabei leisten Heringe, Sardinen und Makrelen weder in den EU-Mitgliedsstaaten noch in Großbritannien einen wirklich nennenswerten Beitrag zur Wirtschaftsleistung.

Schon beim Brexit-Referendum im Jahr 2016 spielte das Thema Fischerei eine wichtige Rolle. Und auch vier Jahre später könnte das Handelsabkommen, das derzeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ausgehandelt wird, an eben dieser Branche scheitern.

Dabei trägt die Fischerei gerade mal 0,1 Prozent zum britischen Bruttoinlandsprodukt bei.

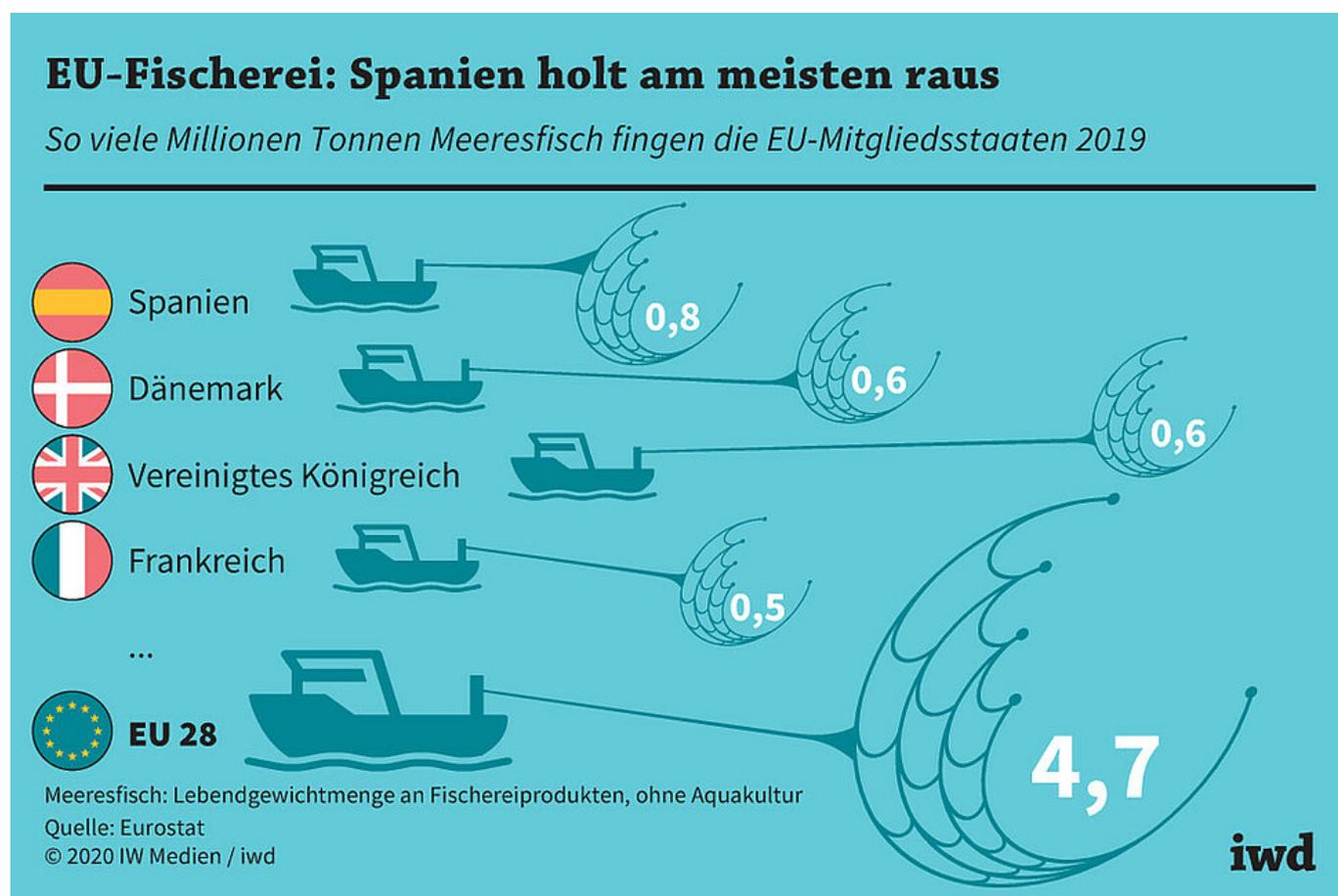
Auch in 26 EU-Mitgliedsstaaten macht die Arbeit der Fischer jeweils weniger als 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aus; nur in Malta ist der Anteil höher.

London beharrt darauf, dass seine Gewässer ab kommendem Januar nationale Gewässer werden und damit für die Fischereiflotten der EU tabu sind.

Worum geht es bei dem Streit genau? Als Großbritannien 1973 der EU beitrug, galt auch für britische Territorialgewässer die „Gemeinsame Fischereipolitik“. Sie definiert alle Fischbestände der Mitgliedsstaaten als gemeinsame europäische Ressourcen, zu denen alle Mitglieder den gleichen Zugang haben. Welche Menge einzelner Fischarten in all den EU-Gewässern jeweils gefangen werden dürfen, regeln die EU-Staaten untereinander per Fangquoten, die jährlich neu verhandelt werden. Lediglich für Tiefseearten wird die Fangquote für zwei Jahre festgelegt.

Britischer Fisch kommt nur selten aus britischen Gewässern

Da Großbritannien über die größten Hoheitsgewässer der EU verfügt, trifft die Gemeinsame Fischereipolitik die Briten auch am stärksten. Sie zählen mit einer jährlichen Fangmenge von 0,6 Millionen Tonnen Fisch und Meeresfrüchten zwar immer noch zu den größten EU-Fischnationen, doch gefangen wird eben dieser Fisch nur zu einem Bruchteil in den eigenen Meeren (Grafik). Im Jahr 2017 etwa fingen die britischen Fischer nur rund 13 Prozent ihres EU-Fangs in britischen Gewässern.



Mit dem Brexit soll dies nun anders werden. London beharrt darauf, dass seine

Gewässer ab kommendem Januar nationale Gewässer werden – die EU müsste dann den Zugang für ihre Fischereiflotten mit Großbritannien aushandeln. Treffen würde das vor allem Frankreich, das rund 30 Prozent seiner Fischereiprodukte in britischen Hoheitsgewässern fängt, sowie die Niederlande und Irland. Deutschland dagegen wird mit einer jährlichen Fangmenge von zuletzt 207.000 Tonnen Fisch und Meeresfrüchten von dieser Debatte kaum tangiert.

Kernaussagen in Kürze:

- Das Handelsabkommen, das derzeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ausgehandelt wird, droht an der Fischerei zu scheitern.
- Wirtschaftlich relevant ist die Branche allerdings in keinem der beteiligten Staaten, auch in Großbritannien trägt sie gerade mal 0,1 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.
- Sollten die britischen Gewässer ab kommendem Januar nationale Gewässer werden, träfe das vor allem Frankreich, das rund 30 Prozent seiner Fischereiprodukte in britischen Hoheitsgewässern fängt.